



Presseschau vom 17.11.2015:

Quellen: *Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru*, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a.* sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.)* und *andere ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer)* gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Vormittags:

Dnr-online.ru: Glückwünsche des Oberhaupt des DVR Alexandr Sachartschenko zum Internationalen Tag der Studenten

Liebe Freunde!

Sehr geehrte Studenten der höheren und berufsbildenden Bildungseinrichtungen der DVR! Von ganzem Herzen gratuliere ich Ihnen zum Internationalen Tag der Studenten, einem Feiertag für alle, die sich aufrichtig des Lebens erfreuen und die Tür in die Welt des Wissens und der Erfahrung öffnen.

Jetzt beginnt Ihre Zeit, vor Ihnen liegt ein interessantes und helles Leben, voller Hoffnungen und Enttäuschungen, grandioser Pläne und großer Siege.

Ich bin überzeugt, dass Sie in Ihrem Leben viele gute Dinge erreichen werden, Sie Ihre Lebensprinzipien verteidigen können und Sie wirklich stark und gerecht sein werden.

Von Ihnen hängt ab, wie unsere Gesellschaft sein wird, nach welchen Gesetzen unsere Republik leben wird und wie diese Gesetze funktionieren werden.

Von Ihrer Begabung und Arbeitsliebe hängt ab, wie sich unser wissenschaftlich-technisches Potential entwickeln wird, wie hell das kulturelle Leben im Land sein wird, wie stark die Ökonomie sein wird.

Ich bin überzeugt: Ihrer Generation wird es gelingen, weitaus mehr zu tun als wir, und Sie sind die Zukunft unseres Landes, der Donezker Volksrepublik.

Von ganzem Herzen wünsche ich Ihnen Erfolge in allem, erfolgreiche Studien, Gesundheit und Glück!

Denken Sie immer positiv, seien Sie standhaft, geben Sie niemals auf! Immer vorwärts, immer nur zum Sieg!

Zum Feiertag!

De.sputniknews.com: Ausbildung ukrainischer Militärs durch USA keine Lösung – Medien
Die ukrainischen Spezialeinsatzkommandos (SEK) sind trotz den 250 Millionen Dollar schweren „nicht tödlichen“ Hilfen aus den USA nach wie vor schlecht ausgerüstet, mangelhaft ausgebildet und werden in falschen Situationen eingesetzt. Dies berichtet „The Washington Post“.

Die Truppen, die seinerzeit als Eliteeinheiten gegolten hatten, werden der stolzen Bezeichnung „Sondereinsatzkommando“ kaum noch gerecht und werden im Grunde nur noch vom Teamgeist und dank starken Persönlichkeiten in der alten Führung zusammengehalten.

Wie das Blatt unter Verweis auf mindestens vier SEK-Kommandeure schreibt, werden die ukrainischen Truppen seit Beginn des Konflikts nicht „in gebührendem Maße“ genutzt. Die Uniform der Kämpfer des dritten SEK-Regiments strotze vor Tarnmustern verschiedener Länder, weil sie entweder kostenlos von anderen Staaten gespendet wurde oder weil sich die Soldaten selbstständig um die Bekleidung kümmern mussten.

Die Bewaffnung und die Ausrüstungen der SEK-Soldaten lasse sich unterschiedlich beschreiben, allerdings wäre das Wort „modern“ fehl am Platz. Alles, worauf die Kämpfer stolz sein können, seien Fernrohrvisiere und Geräuschdämpfer an manchen ihrer Gewehre. Seit März 2014 hätten die USA mehr als 250 Millionen Dollar in die „nicht tödliche Hilfe“ an die Ukraine gesteckt. Es seien Nachtsichtgeräte, Anti-Artillerie-Kanonen, individuelle Panzerschutzbekleidung und Fahrzeuge geliefert worden, allerdings habe die Hilfe die Soldaten des 3. SEK-Regiments praktisch gar nicht erreicht.

So hätten die Militärs weiterhin so gut wie keine Nachtsichtgeräte (davon gibt es nur 17 Stück für die ganze Einheit), und unter den Fahrzeugen seien sieben veraltete Humvees aus den 90er Jahren mit Fenstern und Türen aus Plastik. Diese Fahrzeuge würden aufgrund zahlreicher technischer Nachteile nur selten eingesetzt.

„Wenn die USA uns Kriegsgerät liefern wollen, dann sollten sie uns keine Second-Hand-Güter schicken“, zitiert die „Washington Post“ einen Kämpfer des 3. Regiments. Laut Oberstleutnant Andrej vom Operativstab des Verbandes wirkt die gebrauchte Technik „demoralisierend“. Doch bevor man die USA um bessere Fahrzeuge und bessere Munition bitte – wofür viele Politiker in den USA plädiert haben – müssten zuerst einmal gute Schuhe, Uniformen und guter Panzerschutz her.

Heute gebe es in der Ukraine, so Andrej weiter, keine einzige Ausbildungsstätte für SEK-Truppen mehr. Manche Soldaten der Einheit würden von Instruktoren aus den USA geschult, allerdings sehe das Training den Einsatz technologischer Neuerungen wie etwa verbesserte Kommunikationssysteme und die Nutzung von Angaben der Satellitenaufklärung vor, was absolut unmöglich sei.

Laut dem US-amerikanischen Oberst Ted Donnely kann das US-Ausbildungsprogramm für ukrainische Militärs theoretisch eine notwendige Basis für die weitere Schulung von Kämpfern schaffen, allerdings gebe es in der Ukraine riesige Probleme beim Funktionieren von Militärinstitutionen. Daher lasse sich nicht genau im Voraus sagen, ob die Schulung und Ausrüstung des ukrainischen Militärs durch die Amerikaner effizient genug sein werde.

„Wir haben der Ukraine bedeutende Unterstützung erwiesen. Allerdings können wir alle Probleme niemals vollständig lösen, und letztlich müssen sie (die Ukrainer – d. Red.) dafür aufkommen“, zitiert das Blatt den amerikanischen Oberst.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30569/60/305696002.jpg>

Dnr-online.ru: Erklärung des Außenministeriums der DVR bezüglich eines Besuchs von „führenden Personen einer deutschen ultrakonservativen Partei“

Im Zusammenhang mit dem Erscheinen von Informationen in einer Reihe von Informationsquellen bezüglich eines angeblich geplanten Besuchs von „führenden Personen einer deutschen ultrakonservativen Partei“ in der DVR hält es das Außenministerium der DVR für notwendig das folgende zu erklären:

1. Die genannte Information ist eine überaus primitive Desinformation, deren Ziel die Diskreditierung der Republik im Ganzen ist.
2. Die in den Informationsmitteilungen genannten Personen sind nicht wirklich existent.
3. Jede Information bezüglich des außenpolitischen Kurses und von Veranstaltungen, die von Staatsorganen der DVR durchgeführt werden, wird ausschließlich auf offiziellen elektronischen Ressourcen veröffentlicht. Andere Informationen können einen verfälschten Charakter haben.
4. Wir empfehlen den Autoren solcher Provokationen, sorgfältiger und kreativer an ihren überaus wichtigen „Beruf“ heranzugehen.

Ukrinform.ua: Der Warenumsatz der Ukraine mit Russland ist innerhalb von 9 Monaten 2015 um mehr als das Doppelte gesunken.

Das meldet der Staatliche Statistikdienst der Ukraine.

Laut Angaben des Statistikdienstes ist der Export von ukrainischen Gütern nach Russland um 55,6 Prozent auf 3,6 Milliarden Dollar gegen 8,1 Milliarden Dollar im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres gefallen. Der Import aus Russland ist um 47,9 Prozent auf 5,5 Milliarden Dollar gesunken.

Aber Russland bleibt nach wie vor der größte Handelspartner der Ukraine. Auf Russland entfallen 12,8 Prozent der Export- und 20 Prozent der Importanteile. Von den nächsten wichtigsten Exportmärkten für die Ukraine ist die Türkei mit 7,3 Prozent des Exportanteils, von Importmärkten - Deutschland (10,9 Prozent) und China (9,8 Prozent).

Der Import der russischen Waren im III. Quartal 2015 hat auf das 1,5-fache den Warenexport nach Russland überstiegen.

Dan-news.info: Kämpfer ukrainischer nationalistischer Formationen haben in der letzten Nacht die frontnahe Zone in den nördlichen Außenbezirken der Hauptstadt der DVR

beschossen. Dies teilte heute eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit. „Der erste Beschuss von Seiten der ukrainischen Truppen begann gegen 20:20. Unter Feuer befand sich das Territorium des ehemaligen Flughafens von Donezk. Etwa zu dieser Zeit begannen Beschüsse auch auf dem Territorium der Dörfer Spartak und Shabitschewo bei Donezk sowie im Umkreis des Volvo-Zentrums im Kujbyschewskij.-Bezirk der Stadt“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass das Feuer auf den nördlichen Rand von Donezk von den Positionen der ukrainischen Truppen in Peski und Opytnoje unter Verwendung von Granatwerfern der Kaliber 82 und 120mm, kleineren Granatwerfern und Schusswaffen erfolgt und gegen Mitternacht endete.

Wir erinnern daran, dass gestern die ukrainischen Gruppen ein weiteres Mal die Schule Nr. 15 in der Siedlung Sajzewo nördlich von Gorlowka beschossen haben.

Dan-news.info: Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Regimes der Feuereinstellung und der Beobachtermission der OSZE sind in Gorlowka eingetroffen, wo heute Arbeiten zur Wiederherstellung des Stromnetzes geplant sind, darunter auch in der frontnahen Zone. Darüber informierte heute eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR.

„Vertreter des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination sind in Gorlowka eingetroffen, um die Sicherheit der kommunalen Beschäftigten zu garantieren, die heute mit den Wiederaufbauarbeiten an den Stromnetzen beginnen sollen, darunter im Bereich von Golmoskij und der Schumaschlucht“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass jetzt Verhandlungen mit der ukrainischen Seite über die Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung geführt werden. „Die kommunalen Dienste werden nur nach der Erreichung einer vollständigen Vereinbarung zugelassen. Alle Arbeiten müssen maximal gefahrlos sein“, unterstrich die Quelle.

Ukrinform.ua: Der Premierminister von Kanada, Justin Trudeau, hat den Präsidenten Wladimir Putin zum Abzug der Truppen aus der Ukraine aufgefordert.

Wie ein Ukrinform-Korrespondent meldet, hat das Trudeau selbst auf einer Pressekonferenz in Antalya auf dem G20-Gipfel gesagt.

„Ich habe ihn darauf hingewiesen, dass trotz der Tatsache, dass Kanada seinen Ansatz zum breiten Spektrum von vielseitigen und internationalen Fragen geändert hat, bleiben wir treu der Notwendigkeit der Beendigung der russischen Intervention in der Ukraine“, sagte Trudeau.

Ihm zufolge wandte er sich auch an Putin mit der Forderung, die Abkommen von Minsk zu erfüllen.

„Ich sagte zu Putin, dass wir zusammen mit den Ukrainern stehen und erwarten, dass er sich ganz an dem Friedensprozess von Minsk beteiligt“, sagte der Premierminister von Kanada.

Die Liberale Partei, deren Vorsitzender Justin Trudeau ist, versprach während des Wahlkampfes Sanktionen gegen Russland zu verschärfen, bis zur Abschaltung vom internationalen SWIFT-System und Erweiterung der Personensanktionsliste.

Lug-info.com: Die Ukraine weigert sich wie zuvor, 270 Kinder aus Kinderheimen, die Anfang des Sommers 2014 zur Erholung nach Odessa geschickt wurden, zurückzubringen. Darüber informierte auf einer Pressekonferenz die Bevollmächtigte der LVR für Kinderrechte Julija Nasarenko.

„Es gibt ein sehr großes Problem – wir versuchen derzeit Kinder aus Odessa zurückzuholen, die während des Kriegs dorthin zur Erholung gebracht wurden. Derzeit weigert sich die Ukraine die Kinder zu übergeben“, erklärte sie und sagte, dass die Rede von Waisen ist

sowie von Kindern, die nicht unter der Vormundschaft ihrer Eltern stehen.

„Vormünder sind die Leiter der Kinderheime der LVR, alle Dokumente befinden sich hier bei uns und die Kinder befinden sich in der Ukraine“, unterstrich die Bevollmächtigte.

Auf die Fragen, warum sich die Ukraine weigert die Kinder zurückzubringen, sagte Nasarenko, dass „sie meinen, dass diese Kinder in der Ukraine sein sollen und nicht in der LVR“.

Nach ihren Worten verweigern die Vertreter der ukrainischen Seite den Kontakt und weigern sich, selbst die Kinder zurückzuschicken, die Verwandte in der Republik haben.

„Mehrfach haben sich schon Verwandte an mich gewandt und die Direktorin des Kinderheims in Odessa angerufen. Sie will einfach nicht reden oder sie schickt Briefe, aus denen nicht hervorgeht, warum sie das Kind nicht übergibt und welche ihre weiteren Überlegungen bezüglich des Schicksals dieser Kinder sind“, sagte die Bevollmächtigte.

„Im Prinzip, wenn sie die Funktion des Vormunds auf sich gezogen haben, so können sie die Kinder zur Adoption freigeben, auch ins Ausland. Einige Kinder rufen die Direktoren der Kinderheime in der LVR an und sagen „wir wollen weder nach Kanada noch nach Amerika“, erzählte Nasarenko.

Sie erklärte, dass im Sommer des letzten Jahres insgesamt 272 Kinder aus Kinderheimen der LVR nach Odessa geschickt wurden, nur zwei Kinder sind von dort geflohen und konnten „auf ihrem Weg“ in die Republik zurückkehren.

„Alle Kinder sind im Schulalter. Sie befinden sich in Kinderheim. Die, die die neunte Klasse beenden, werden in Berufsbildungseinrichtungen zur Ausbildung geschickt. Ein Junge, der zurückkehrte, sagt: „uns hat niemand gefragt, willst du lernen, einen bestimmten Beruf bekommen“, teilte die Bevollmächtigte mit.

Nachmittags:

[Ukrinform.ua](#): Der Rat der Europäischen Union hat die Behandlung trilateraler Konsultationen mit der Ukraine und Russland als eine der Themen der Sitzung der Außenminister der EU-Mitgliedstaaten für den 27. November geplant.

Das meldet [Radio Liberty](#).

Dem Bericht zufolge handelt es sich um die Konsultation zu Moskauer Warnungen bezüglich des Inkrafttretens der Freihandelszone zwischen Kiew und Brüssel am 1. Januar 2016.

[De.sputniknews.com](#): Russlands Präsident Wladimir Putin hat am Dienstag den Verteidigungsplan Russlands für den Zeitraum 2016 bis 2020 per Erlass in Kraft gesetzt. Das Dokument wurde auf dem Portal für rechtliche Informationen veröffentlicht.

„Zwecks Umsetzung von Maßnahmen im Bereich Verteidigung (...) verordne ich, ab dem 1. Januar den Plan der Verteidigung der Russischen Föderation 2016 bis 2020 ab dem 1. Januar in Kraft zu setzen“, heißt es im Dokument.

Der Erlass vom 16. November tritt am Tag der Veröffentlichung in Kraft.

Der Verteidigungsplan beinhaltet einen Komplex von Dokumenten für Militärplanung, die eine Einheit bilden.

Das vorherige Dokument mit Gültigkeit bis 2016 war im Januar 2013 angenommen worden. Mit der Entwicklung des Verteidigungsplans für den Zeitraum 2016 bis 2020 war vorher das

Verteidigungsministerium beauftragt worden. Als Abgabetermin galt Dezember 2015.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30559/43/305594390.jpg>

Ukrinform.ua: „LNR“ bereitet Massenexhumierung vor, um die Ukraine des Völkermordes zu beschuldigen

Die Führung der selbstproklamierten „Volksrepublik Luhansk – LNR“ bereitet das nächste Fake für die Diskreditierung der Ukraine vor.

Das teilen Ukrinform-Quellen im Stab des Antiterrorzentrums mit.

Insbesondere geht es in dem Brief des sogenannten „Ministers für Staatssicherheit“ von „LNR“, Leonid Pasetschnik, vom 14. November an den „Chef von LNR“, Igor Plotnizkyj, um den Plan, nach dem „in einer Reihe von Dörfern die Exhumierung der Leichen von getöteten Zivilisten ausgeführt wird; in Zukunft werden die Leichen auf dem Gelände der landwirtschaftlichen Flächen in der Nähe der Ortschaft Sokolniki des Landkreises Nowoajdarsk des Gebiets von Lugansk umbegraben werden“.

Die Terroristen beabsichtigen, dieses Massengrab in den Medien, auch in russischen, wie „Zvezda“ und NTV, als weiterer Beweis für den „Genozid“ im Donbass zu präsentieren.

„Die angegebenen Massengräber werden den Medienvertretern als Folge des Genozids der ukrainischen Macht gegen die friedliche Bevölkerung im Donbass vorgestellt, was ermöglicht, gegen die Ukraine eine Reihe von Klagen zu erheben, auch im Haager Tribunal“, schreibt der „Minister“ in seinem Brief an Plotnizkyj.

Im Brief wird weiter angegeben, dass die Chefs der erwähnten russischen Kanäle „ihr Interesse für diese Problematik gezeigt“ und „die Informationsunterstützung“ versichert haben.

Letzte Woche hatte der offizielle Vertreter der Administration des Präsidenten der Ukraine für ATO, Andrij Lysenko, erklärt, Russland bereite beim Versucht, die Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft von den tragischen Folgen eigener Bombenanschläge in Syrien abzulenken, eine große Provokation auf internationaler Ebene gegen die Ukraine vor. Ihm zufolge ist der Zweck solcher Provokation die Diskriminierung der ukrainischen Staatsführung und der Vorwand für die Einreichung einer Klage gegen die Ukraine im internationalen Strafgerichtshof in Den Haag.

De.sputniknews.com: Medwedew: Staatliche Behörden zu russischer Software verpflichtet
Der russische Ministerpräsident Dmitri Medwedew hat den Regierungserlass unterzeichnet, demzufolge staatliche Behörden ab dem 1. Januar 2016 verpflichtet werden, Software ausschließlich aus dem Register für einheimische Software zu kaufen. Dies berichtet die Zeitung „Kommersant“.

Russische Organisationen werden nur dann berechtigt sein, die notwendige Software im

Ausland zu erwerben, wenn vergleichbare Produkte im Register nicht vorhanden sind. Das Ministerium für Telekommunikation und Medien der Russischen Föderation arbeitet seit einem Jahr am Entwurf eines Regierungserlasses, der die Fremdsoftware-Beschaffung beschränken soll.

Das Verbot, notwendige Software für den staatlichen und kommunalen Gebrauch im Ausland zu erwerben, sei notwendig, um „den russischen Computermarkt zu schützen, die nationale Wirtschaft zu entwickeln, sowie russische Produzenten zu unterstützen“, so das Ministerium. Der Register der russischen Software wird aus Programmen bestehen, über welche der Staat, die Stadtverwaltung, russische Non-Profit-Organisationen oder Unternehmen, deren Anteile mindestens zu 50 Prozent russischen Investoren gehören, die ausschließliche Kontrolle hat.

Für das Register wird das russische Informationsministerium verantwortlich sein, während die Entscheidung über die Aufnahme einer gewissen Software in die Liste der Expertenrat beim Ministerium treffen wird.

De.sputniknews.com: Die Gleichsetzung der Ideologie des Dritten Reiches mit dem Sowjetregime ist eine Verfälschung der Tatsachen des Zweiten Weltkrieges, teilt die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, am Dienstag mit. "Wir konzentrieren uns so sehr auf der Bewahrung der Erinnerung an die Nürnberger Prozesse, aber wie gefährlich ist es im Grunde, nicht zu sehen, dass die Ergebnisse von Nürnberg fast alltäglich untergraben werden. Es werden falsche Tatsachen vorgespiegelt und das Sowjetregime mit der Nazi-Ideologie gleichgesetzt“, sagte Sacharowa bei einer Konferenz in der Staatsduma, die dem 70 Jahrestag der Nürnberger Prozesse gewidmet war. Zu diesen negativen Prozessen gehöre auch die Zerstörung von sowjetischen Kriegerdenkmälern in einigen europäischen Ländern.

Im September hatten die Behörden der polnischen Stadt Pieniezno (ehemals ostpreußisches Mehlsack) das Denkmal des sowjetischen Generals Iwan Tschernjachowski demontiert. Das Denkmal für den General der Roten Armee war Anfang der 1970er Jahre am Stadtrand an der Stelle errichtet worden, an der Tschernjachowski im Jahr 1945 tödlich verletzt worden war. Die Arbeiten wurden aus freiwilligen Spenden finanziert.

Wie Stadtbürgermeister Kazimierz Klejdo betonte, will er keine Geldmittel aus dem Stadthaushalt für die Demontage des Denkmals ausgeben. Jeder, der für die Vernichtung des Monuments spende, werde „am symbolischen Akt der Wiederherstellung der historischen Wahrheit“ teilnehmen, so Klejdo.

Bei den Kämpfen um die Befreiung Polens von der Hitler-Okkupation waren mehr als 600.000 sowjetische Soldaten gefallen. 800.000 Kriegsgefangene aus der UdSSR waren in Konzentrationslagern auf polnischem Boden gestorben und dort begraben worden.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30452/53/304525385.jpg>

Dnr-online.ru: Pressekonferenz des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin

Die Lage in der DVR ist in den letzten 24 Stunden angespannt geblieben. Die ukrainischen Truppen haben sechs Mal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

„Von den Positionen der ukrainischen Abteilungen und nationalistischen Bataillone wurden Sajzewo, Losowskoje, Staromichajlowka, Spartak und das Abakumow-Bergwerk unter Anwendung von Granatwerfern des Kalibers 82mm, Panzertechnik und Schusswaffen beschossen, auf das Territorium der Republik wurden in der Nacht mehr als 20 Granatgeschosse abgeschossen.

Die Aufklärung der DVR stellt weiterhin Verletzungen der Minsker Vereinbarungen zum Abzug schwerer Waffen von der Kontaktlinie durch die Streitkräfte der Ukraine fest. So wurde im Bereich von Werchnetorezkoje, 4 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwei Mehrfachraketenwerfern „Grad“, in Nikolajewka, 8 km von der Kontaktlinie, die Ankunft von zwanziger Panzern und vier Mehrfachraketenwerfern „Grad“ festgestellt. Im Bereich von Peski, 3 km von der Kontaktlinie, wurde die Ankunft von zwanzig Einheiten schwerer Technik und 500 Personen festgestellt.

Die ukrainische militärisch-politische Führung unternimmt keinerlei Maßnahmen zur friedlichen Regelung der Situation im Donbass. Wir sehen eine fortlaufende Eskalation des Konflikts an der gesamten Kontaktlinie.

Im Vorfeld des Treffens in Minsk geben die ukrainischen Massenmedien weiterhin Falschmeldungen über angebliche massive Beschüsse von Seiten der DVR auf die Positionen der Streitkräfte der Ukraine heraus. Wir hoffen, dass das nächste Treffen der Kontaktgruppe zur Regelung der Situation im Donbass eine friedliche Lösung des Konflikts unterstützen wird“, erklärte Eduard Basurin.

Ukrinform.ua: Die ukrainische Seite des Gemeinschaftszentrums zur Kontrolle und Koordinierung der Fragen des Waffenstillstands und der Stabilisierung der Trennlinie der Seiten hat der Speziellen Beobachtungsmission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Beweise für Beschießungen von Separatisten der

Ortschaften mit dem Mehrfachraketenwerfersystem BM-21 „Grad“ übergeben. Das teilt der Presse-Offizier der ukrainischen Seite des Zentrums Serhij Berez mit, berichtet das Verteidigungsministerium der Ukraine. Laut dem Bericht gerieten unter Beschuss die Orte Krasnohoriwka und Gornajk im Donezker Gebiet. Insgesamt sollen 12 Raketen abgefeuert worden sein.

Dan-news.info: Ukrainische bewaffnete Formationen haben heute tagsüber mit einem Beschuss der Umgebung des Bergwerks 6/7 nordwestlich von Gorlowka begonnen. Dies teilte eine Quelle im Verteidigungsministerium der DVR mit. „Gegen 11 Uhr haben ukrainische Truppen das Feuer auf das Gebiet des Bergwerks 6/7 eröffnet. Der Beschuss dauerte eine halbe Stunde“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. Nach Angaben der Quelle verwendete der Gegner Granatwerfer des Kalibers 82mm. Die Information über den Beschuss des Gebiets für an die OSZE-Beobachter übermittelt.

De.sputniknews.com: G20-Gipfel: Anti-Terror-Kampf zwingt Westen und Russland zur Annäherung

Beim G20-Gipfel in der Türkei haben die westlichen Staats- und Regierungschefs dem russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen seines Vorgehens in der Ukraine und in Syrien zunächst die kalte Schulter gezeigt, schreibt die Zeitung „Wedomosti“ am Dienstag.

Beim Gruppenbild zum Auftakt des Gipfels war Putin umgeben von den Präsidentinnen Brasiliens und Südkoreas und dem Ministerpräsidenten Indiens, während die Staats- und Regierungschefs der USA, Deutschlands, der Türkei, Großbritanniens und der König von Saudi-Arabien angeregt miteinander sprachen.

Die Terroranschläge in Paris änderten die Tagesordnung des G20-Gipfels. Einen Tag vor dem Treffen hatten Moskau und Washington berichtet, dass kein Treffen zwischen Barack Obama und Putin geplant sei. Im Kreml ging man immerhin noch davon aus, dass es am Rande des G20-Gipfels zu einer Zusammenkunft der beiden Präsidenten kommen könnte. Nach Angaben von Putins Sprecher Dmitri Peskow standen bei den Gesprächen mit den Staats- und Regierungschefs Chinas, der Türkei, Deutschlands, Italiens und Großbritanniens bilaterale Themen im Vordergrund. Zudem wurde über die Bekämpfung des Terrorismus und die Lösung der Syrien-Krise beraten. Beim Vier-Augen-Gespräch mit Obama kam es zwar zu keinem Durchbruch, aber die beiden Staaten seien sich dessen bewusst, dass es keine Alternative zum Dialog gebe, so Putins Sprecher.

Einer „Wedomosti“-Quelle zufolge verliefen die Verhandlungen schwierig. Die Seiten beharren auf ihren Positionen. Als wichtiges Ergebnis bezeichnete die Quelle die Syrien-Gespräche in Wien, bei denen mit der Erstellung einer Liste von Terrororganisationen begonnen wurde.

Nach dem G20-Gipfel teilte Putin mit, der Terrorismus sei eines der wichtigsten Themen nach den Anschlägen in Paris. Der Kreml-Chef betonte, dass Privatpersonen aus mindestens 40 Staaten, darunter auch einige G20-Mitglieder, Terroristen finanzieren würden. Putin zufolge hat Russland Kontakt zu einem Teil der unversöhnlichen syrischen Opposition hergestellt und ihre Informationen für die Angriffe auf die IS-Stellungen genutzt.

Der russische Staatschef erinnerte daran, dass er bei der UN-Vollversammlung in New York vorgeschlagen hatte, die Terrormiliz „Islamischer Staat“ gemeinsam zu bekämpfen. Damals hatten die USA den Vorschlag abgelehnt. Putin unterstrich, dass die Staats- und Regierungschefs sich darüber einig seien, dass der „Islamische Staat“ nur gemeinsam bekämpft werden könne.

Laut dem russischen Experten für Sicherheitspolitik Jewgeni Nikitenko haben die Ankündigungen der G20-Staats- und Regierungschefs keine praktische Bedeutung, weil die G20-Länder keine einheitliche Herangehensweise erstellen können. „Die internationalen Akteure können sich nicht darüber verständigen, wer diese Terroristen sind und woher sie kommen“, so der Experte.

Ukrinform.ua: Die EU hat erneut ihre Bereitschaft zur Einführung der Freihandelszone mit der Ukraine ab dem 1. Januar 2016 bekräftigt.

Darüber hat der Präsident der Ukraine, Petro Poroschenko, auf seiner Twitter-Seite geschrieben.

„Gerade eben hat die EU die Bereitschaft zur Freihandelszone mit der Ukraine ab dem 1. Januar 2016 mitgeteilt. Jetzt gibt es keine Hindernisse. Wir starten mit dem Neujahr!“, schreibt Poroschenko.

De.sputniknews.com: Die Raiffeisen Bank International (RBI) erwägt offenbar den Verkauf ihrer Tochterbank in Russland, schreibt die Zeitung „Kommersant“ am Dienstag...

Dan-news.info: Die kommunalen Dienste der DVR haben mit der Reparatur der Hochspannungsleitungen in Richtung Donezk und Gorlowka begonnen, auch in der Nähe der Kontaktlinie. Dies teilte heute die Regierung der DVR mit.

„Gerade wurde eine Vereinbarung mit der ukrainischen Seite über eine vollständige Einhaltung des Regimes der Feuereinstellung erzielt, damit die kommunalen Dienste mit den Reparaturarbeiten an den Stromleitungen beginnen können“, sagte der Gesprächspartner der Agentur. „Die Arbeiten haben in der Nähe der Kontaktlinie im Norden von Gorlowka und im Westen der Hauptstadt der DVR begonnen“.

De.sputniknews.com: Mehr Verteidigungs-Kooperation zwischen Moskau und Teheran: „Das ist Realpolitik“

Im Mittelpunkt des aktuellen Iran-Besuchs des russischen Vizepremiers Dmitri Rogosin steht die Kooperation im Verteidigungs- und Forschungsbereich. Demnächst kommt auch Wladimir Putin nach Teheran. Experten betrachten die geplanten Raumfahrt-Projekte sowie die Lieferung russischer S-300-Raketen an den Iran als durchaus logisch.

Die russische Botschaft im Iran teilte am Dienstag mit: „Dmitri Rogosin trifft heute in Teheran ein. Ihn begleitet eine Delegation, der russische Fachleute und Forscher aus dem Verteidigungs- und Raumfahrtbereich angehören.“ Im Laufe seines zweitägigen Besuchs soll der russische Vizepremier insbesondere mit dem für Wissenschaft zuständigen iranischen Vizepräsidenten Sorena Sattari sowie mit Verteidigungsminister Hossein Dehghan zusammentreffen.

Die russische Botschaft erläuterte: „Der Besuch zielt darauf ab, die Beziehungen zwischen dem Iran und Russland im Verteidigungsbereich zu festigen. Methoden sollen besprochen werden, um diese Festigung durch Verträge zu erzielen.“

Vor einigen Tagen hatte Russland eine Lieferung seiner S-300-Luftabwehrsysteme an den Iran angekündigt. „Der Vertrag ist schon unterzeichnet“, bestätigte Sergej Tschemsow, Chef der russischen Staatsholding Rostec.

Wie die russische Tageszeitung „Iswestija“ am Dienstag berichtet, soll die von Rogosin geleitete Delegation nun auch gemeinsame Raumfahrtprojekte erörtern. Im Mai 2014 hatte die russische Raumfahrtbehörde Roskosmos bereits eine Palette von Kooperationsbereich vereinbart. Unter anderem ging es darum, iranische Satelliten mit russischen Raketen ins All zu schießen, Satelliten im Sinne der Fernerkundung der Erde für den Iran zu bauen sowie künftig möglicherweise auch iranische Raumfahrer in Russland zu trainieren.

Der russische Nahost-Experte Dmitri Pawlow sagte dem Blatt: „Der Iran will eine Regionalmacht sein. Raumfahrt-Technologien sind ein wichtiges Attribut dafür. Russland mit seiner entwickelten Raumfahrt-Industrie und mit seinen guten Beziehungen zu dem Iran rückt natürlich allen voran ins Visier.“

Am 23. November will auch Wladimir Putin den Iran besuchen, um an dem dortigen Forum Gas exportierender Länder teilzunehmen. Im diesem Zusammenhang telefonierte der russische Präsident mit seinem iranischen Amtskollegen Hassan Rohani. In einem Kommentar für den Radiosender Kommersant FM analysierte der russische Energieexperte Konstantin Simonow Moskaus Politik in der Golfregion: „Zu einer Freundschaft zwischen Russland und den dortigen Monarchien wird es sowieso nicht kommen. Politisch bleiben wir Opponenten. Saudi-Arabien und Katar finanzieren nach wie vor die syrische Opposition ... Da sich Russland in die Nahost-Spiele involviert hat, sollte man die dortigen Widersprüche nutzen. Vor diesem Grund erscheint der S-300-Deal mit dem Iran ziemlich logisch. Das ist Realpolitik – anders geht's nicht.“

De.sputniknews.com: Russland hat laut Verteidigungsminister Sergej Schoigu einen neuen Plan für die Luftschläge gegen IS-Objekte in Syrien konzipiert. Der Plan sieht Luftschläge von 25 in Russland startenden Langstrecken-Bombern vor.

Dan-news.info: Sprengtechniker der DVR haben 800 Meter des Territoriums in der Pufferzone zwischen Gorlowka und dem von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Dsershink für die weitere Durchführung von Wiederaufbauarbeiten an den Hochspannungsleitungen entmint. Dies teilte eine Quelle aus dem Verteidigungsministerium der DVR mit.

„Heute haben Sprengtechniker der Republik etwa 800 Meter des Territoriums zwischen Gorlowka und Dsershinsk entmint. Schon morgen werden die kommunalen Beschäftigten die Wiederaufbauarbeiten in diesem Teilstück fortsetzen können“, sagte der Gesprächspartner der Agentur.

Er fügte hinzu, dass die weitere Reparatur der Hochspannungsleitungen, wie zuvor geplant, in Anwesenheit von Mitarbeitern des Gemeinsamen Zentrums zur Kontrolle und Koordination der Feuereinstellung und von Beobachtern der OSZE-Mission durchgeführt wird.

De.sputniknews.com: Die Präsidenten Russlands und Frankreichs, Wladimir Putin und François Hollande, werden bei einem Treffen am 26. November in Moskau über den internationalen Kampf gegen den Terror sprechen, wie die Pressestelle des Kremls mitteilte. Darauf einigten sich die Staatschefs beim heutigen Telefongespräch. Putin und Hollande besprachen zudem die Intensivierung der bilateralen und multilateralen Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus.

„Ein persönliches Gespräch über die Fragen des Anti-Terror-Kampfes und über weitere aktuelle Themen wird am 26. November in Moskau fortgeführt“, heißt es in der Pressemitteilung.

Der Élysée-Palast informierte die Öffentlichkeit ebenfalls über das geplante Treffen der beiden Präsidenten.

„Im Rahmen des internationalen Vorgehens im Anti-IS-Kampf und der Konfliktregelung in Syrien, trifft sich der Präsident der französischen Republik am Dienstag, den 24. November, mit US-Präsidenten Barack Obama in Washington und am 26. November mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau“, heißt es in der französischen Mitteilung.

De.sputniknews.com: Wegen Terrorbedrohung: Verstärkte Sicherheitsvorkehrungen in allen AKW Russlands

In allen Atomkraftwerken Russlands sind verstärkte Sicherheitsmaßnahmen ergriffen worden, wie der Pressedienst des Konzerns Rosenergoatom mitteilte.

„In den Atomkraftwerken Russlands sind physische Schutzmaßnahmen im Rahmen der gesamt-russischen Vorkehrungen zur Erhöhung der Sicherheit gegen Terror getroffen worden“, heißt es in der Mitteilung. Dementsprechend seien die Sicherheitsabteilungen der Atomkraftwerke und die zum Schutz dieser Objekte eingesetzten Wachunternehmen auf einen verstärkten Dienst umgestellt worden.

Abends:

De.sputniknews.com: Russland verstärkt Einsatz gegen IS in Syrien – mehr Kampffjets und Satelliten

Russland wird 37 weitere Kampffjets nach Syrien schicken und mehr Aufklärungssatelliten einsetzen, wie der russische Generalstabschef Valeri Gerassimow am Dienstag mitteilte. Im Rahmen der Verstärkung des Einsatzes gegen die Terrorgruppierung Islamischer Staat, werde Russland insgesamt 37 weitere Militärflugzeuge, darunter Bombenflugzeuge Su-34 und Kampffjets Su-27 nach Syrien entsenden, sagte Gerassimow.

Für die militärische Aufklärung des syrischen Territoriums seien 10 Satelliten eingesetzt worden, wobei demnächst voraussichtlich auch weitere Reservesatelliten zum Einsatz kommen sollen, fügte er hinzu.

Des Weiteren erwähnte Gerassimow, dass die russische Luftwaffe mehrere Brennstoffdepots des IS zerstört habe, was den illegalen Energieexport der Terrormilizen deutlich reduziert habe.

Wie zuvor Verteidigungsminister Sergej Schoigu dem Präsidenten und Oberbefehlshaber Wladimir Putin mitteilte, wurde die Zahl der russischen Luftangriffe in Syrien verdoppelt. Seit dem 30. September hat die russische Luftwaffe rund 1.900 Raketen- und Bombenangriffe in Syrien geflogen. Dabei wurden einige Hundert Terroristen getötet und etwa 2.700 Infrastrukturobjekte des IS zerstört.

De.sputniknews.com: Kremlsprecher: USA verweigern weiterhin Kooperation mit Russland in Syrien

Die USA verweigern weiterhin eine Kooperation mit Russland beim Militäreinsatz in Syrien, wie Kremlsprecher Dmitri Peskow am Dienstag sagte. Dagegen sei Moskau nach wie vor zu Kontakten mit Washington bereit.

„Die US-amerikanische Seite weigert sich, mit Russland zusammenzuarbeiten“, sagte Peskow. Dagegen hatte Frankreich engere Kontakte zu Russland im Kampf gegen das Terrornetzwerk Islamischer Staat (IS) angekündigt.

Die IS-Gruppierung stellt derzeit eine der größten Bedrohungen für die globale Sicherheit dar. Im Laufe von drei Jahren gelang es den Terroristen, beachtliche Territorien des Iraks und Syriens zu besetzen. Zudem versuchen sie, ihren Einfluss in Nordafrika, darunter in Libyen, auszuweiten.

Eine einheitliche Front gegen den IS gibt es bislang nicht. Gegen die Gruppierung kämpfen die Regierungstruppen Syriens und des Iraks, die US-geführte Koalition, die Kurden sowie libanesischen und irakischen Schiiten-Milizen. Seit Ende September fliegt auch die russische Luftwaffe Raketen- und Bombenangriffe gegen die Terrormiliz in Syrien.

Im Bürgerkrieg kamen bislang Dutzende tausend Zivilisten ums Leben, einige Millionen Menschen wurden zu Flüchtlingen.